

Regierungsratsbeschluss

vom 28. November 2016

Nr. 2016/2101

Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBV) Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBV) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBV) wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 28. November 2016

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Finanzdepartement
Amtschreiberei-Inspektorat
Handelsregisteramt
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Gemeinden
Bau- und Justizdepartement
Amt für Geoinformation
Medien (jae)